Politik in China: Wer entscheidet, wie und warum?

Clemens Büttner

(CCC-Workshop, Goethe-Universität Frankfurt am Main, 31.10.2025)

1. China & Deutschland – zwei politische Systeme

Die (vereinfachten) „Spielregeln" einer Gesellschaft – ein Gedankenexperiment:

- Variante A: Versprechen von Sicherheit, Ordnung, Wohlstand um den Preis der eigenen Mitbestimmungsrechte (die politische Macht liegt in Händen einer vermeintlich besonders fähigen Elite)
- Variante B: Versprechen von Freiheit und Mitsprache um den Preis der eigenen Mitverantwortung und gelegentlich mangelnder Effizienz

- beiden Varianten können positive Eigenschaften zugeschrieben werden, z.B. größere Effizienz (Variante A), garantierte individuelle Freiheiten (Variante B)

2. Die „Spielregeln" – wer das Sagen hat

- der Kernunterschied zwischen Variante A und Variante B liegt in der Frage, wer wann und zu welchem Preis politische Entscheidungen treffen kann
- für die Volksrepublik China gilt die folgende „Master-Regel": die Kommunistische Partei Chinas (KPCh, Zhongguo Gongchandang 中国共产党) entscheidet in *allen* politischen Belangen
- konkret bedeutet das: alle Einrichtungen in China (Regierung, Kongress, Militär, Gerichte, Presse etc.) unterstehen der völligen Kontrolle der KPCh
- an der Spitze von Partei *und* Staat steht derzeit Xi Jinping (geb. 1953, seit 2012/13 im Amt)
- in China gibt es also eine sogenannte „Einparteienherrschaft", die in der Regel als „autoritär" oder „autokratisch" bezeichnet wird (aus politischen Gründen versuchen andere Länder, den Begriff der „Diktatur" zu vermeiden, wenn sie über China reden)

- in Demokratien (wie z.B. Deutschland) wählt das Volk die Mitglieder des Bundestags (= Legislative, Ort der Gesetzgebung), der Bundestag wählt Regierung (= Exekutive), die Regierung ist dem Bundestag verantwortlich, die Gerichte (= Judikative) überwachen die Aktivitäten von Legislative und Exekutive; eine unabhängige Presse kommentiert das politische Geschehen

- Zusammenfassung:
- in China: Top-Down-Charakter des politischen Systems (die KPCh entscheidet von oben herab; vglb. mit Feuerwehreinsätzen, Fußballmannschaften, Notaufnahmen)
- in Deutschland: Prinzip des Machtgleichgewichts und der gegenseitigen Kontrolle (vglb. mit Gerichtsverhandlungen, Freundeskreis, Familienrat)

3.1. Der „Deal“ – was es wofür gibt

- die Top-Down-Herrschaft in China wird von den meisten Menschen akzeptiert, weil die KPCh viel zu bieten hat:
    - Wohlstand
    - soziale Mobilität (Aufstiegsmöglichkeiten)
    - nationaler Stolz & Patriotismus („wir sind wieder wer in der Welt“)
    - gesteigerte Effizienz (schnellere Umsetzung von Bauprojekten, Umweltschutz)
- dafür fordert die KPCh aber auch etwas ein:
    - Kontrolle (Überwachung)
    - Zensur (Medien, Meinungsäußerung etc.)
    - Bestrafung von unerwünschtem Verhalten (alles, was die KPCh als negativ empfindet, wird sanktioniert)

3.2. Vergleich: Demokratie im (deutschen) Alltag

- Demokratie findet nicht nur bei Wahlen statt
- demokratische Prinzipien sind beispielsweise auch der freie Zugang zu Informationen, das Recht auf ein staatlich unbehelligtes Privatleben, die selbstbestimmte Planung des eigenen Lebens)
- das Grundprinzip der Demokratie ist die Begrenzung von Macht – es gibt niemanden, der allumfassende Entscheidungsgewalt besitzt

4.1. Populisten…

- die wachsende Bedeutung populistischer Parteien (im Westen) belegt, dass die Demokratie sich zur Zeit in der Krise befindet
- das Versprechen der Populisten: mit uns an der Macht gibt es mehr Wohlstand, soziale Mobilität, Sicherheit, nationalen Stolz etc.
- Populisten nutzen menschliche Gefühle: Unzufriedenheit, Angst, Zorn angesichts der gegenwärtigen politischen Lage – und sie versprechen eine „goldene Zukunft“, sobald sie an die Macht kommen sollten
- dabei nehmen Populisten für sich in Anspruch, für das „wahre Volk“ zu sprechen, während die gegenwärtigen Regierungsparteien nur eine „korrupte Elite“ sind, die die Interessen des „wahren Volkes“ nicht vertrete => „wir vs. sie“-Rhetorik, Nutzung von Feindbildern
- Populisten behaupten von sich, die „wahren Demokraten“ zu sein

- Definition „Populismus“: keine Ideologie (= ein konkretes politisches Weltbild), sondern ein politischer Stil, der an unterschiedliche politische Programme angekoppelt werden kann
- Kernelemente: moralische Teilung der Gesellschaft (gut vs. böse, Einheimische vs. Ausländer etc.), der politische Führer als „authentische Stimme“ des Volkes bzw. als „Stimme der schweigenden Mehrheit“; Anti-Pluralismus (= politische Gegner werden nicht als legitime Herausforderer im demokratischen Prozess betrachtet, sondern als „korrupte Eliten“ – und damit nicht echter Teil des „wahren Volkes“ – abgewertet

4.2. …und „wahre Demokraten“?

- diese populistischen Strategien finden sich auch in China: klar formulierte Feindbilder, Versprechen von Sicherheit und Wohlstand, vermeintliche Vertretung des „wahren Volkswillens“
- es gibt aber auch entscheidende Unterschiede zwischen der KPCh und den meisten populistischen Parteien im Westen: die KPCh ist tatsächlich Machthaber in China, sie verteidigt also das bestehende System (und fordert es nicht heraus)

- für die KPCh ist politische Mitbestimmung der Bevölkerung also letztlich ein Hindernis, das sie – so die Annahme – bei der reibungslosen Ausübung ihrer Regierungstätigkeit stört, aber dennoch will die KPCh (oder populistische Parteien) den Demokratiebegriff nicht aufgeben
- die KPCh versucht, Begriffe wie „Demokratie“ für sich zu vereinnahmen und so umzudeuten, dass sie ungehindert weiterregieren kann

5. Schluss: Eine schwere Entscheidung?

- sowohl Variante A als auch Variante B besitzen Vor- und Nachteile
- Sicherheit, Ordnung, Wohlstand sind ebenso verlockend wie Freiheit, Mitsprache etc., aber Demokratie ist häufig anstrengend und gelegentlich frustrierend
- genau in dieser Anstrengung – in der Suche nach Kompromissen und dem gemeinschaftlichen Abwägen – liegt der größte Unterschied zwischen beiden Systemen:
    - in autoritären Systemen (wie China) werden der Bevölkerung „schwere Entscheidungen“ abgenommen (über Alternativen zum beschrittenen Kurs soll nicht nachgedacht werden)
    - in Demokratien ist das Nachdenken über Alternativen die wichtigste Aufgabe